Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/824
05.02.2009

Innenausschuss

51. Sitzung (öffentlich)

5. Februar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

a) Umstellung der Tagesordnung

b) gemeinsame Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss

Der Ausschuss kommt überein, an der Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Drucksache 14/8176 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss teilzunehmen sowie ein Votum abzugeben.

1 Aktuelle Viertelstunde **7**

Terrorgefahr in Nordrhein-Westfalen

Auf Antrag der Fraktion der SPD

2 Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG NRW) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7895

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stellungnahme 14/2215 und Stellungnahme 14/2225

Information 14/872

Der **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt.**

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/7895 anzunehmen.**

3 Es brennt bei der Feuerwehr! Kostendämpfungspauschale sozial gestalten! 15

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8082 – Neudruck

Der **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8082 – Neudruck –** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD **abgelehnt.**

4 Das Parlament muss auch für Auslandseinsätze der Polizei die Verantwortung übernehmen **21**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7829

Die antragstellende SPD-Fraktion **zieht** den Antrag **Drucksache 14/7829 zurück**.

5 Provozieren „Antideutsche“ mit Israel-Fahnen? **22**

Bericht der Landesregierung

6 Internetaktion von Neonazis aus Dortmund **26**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2425

7 Übernehmen private Sicherheitsdienste in NRW Polizeiaufgaben? **29**

Bericht der Landesregierung

8 Stand der Aufnahme irakischer Flüchtlinge in NRW **32**

Vorlage 14/2415

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Umstellung der Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 6 „Es brennt bei der Feuerwehr! Kostendämpfungspauschale sozial gestalten!“ und 7 „Das Parlament muss auch für Auslandseinsätze der Polizei die Verantwortung übernehmen“ vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 1 „Gesetz über den Zugang zu digitalen Geodaten Nordrhein-Westfalen (Geodatenzugangsgesetz – GeoZG NRW)“ zu behandeln.

b) gemeinsame Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss

Vorsitzender Winfried Schittges weist darauf hin, dass der Haushalts- und Finanzausschuss heute mitgeteilt habe, dass er in seiner parallel stattfindenden Sitzung eine öffentliche Anhörung am 12. März 2009 um 11 Uhr zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Drucksache 14/8176 beschließen wolle, der vom Plenum am 28. Januar 2009 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an den Innenausschuss überwiesen worden sei.

Der Haushalts- und Finanzausschuss bitte um Mitteilung, in welcher Form sich der Innenausschuss an der Anhörung beteiligen wolle. Darüber hinaus seien die Fraktionen aufgerufen, Vorschläge für Sachverständige bzw. Fragen fraktionsintern zuzuleiten. Zu berücksichtigen sei ebenfalls, dass am 12. März 2009 an sich die reguläre Sitzung des Innenausschusses stattfinde.

Zudem wolle der federführende Haushalts- und Finanzausschuss bereits in seiner Sitzung am 26. März 2009 abschließend beraten. Jedoch tage der Innenausschuss regulär erst wieder im April. Deshalb sei zu klären, ob der Innenausschuss auf Abgabe eines Votums verzichte, die Abschlussberatung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss am 26. März 2009 durchführe oder zu einem vorherigen Sondertermin zusammenkomme.

Monika Düker (GRÜNE) spricht sich für eine Teilnahme im Rahmen einer Pflichtsitzung aus, weil es sich bei der Dienstrechtsreform um ein bedeutendes innenpolitisches Thema handele. Keinesfalls solle der Innenausschuss auf die Abgabe seines Votums verzichten.

Theo Kruse (CDU) schließt sich Monika Düker an, da das Gesetz sinnvoll, notwendig und wichtig sei.

Der Ausschuss kommt überein, an der Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften Drucksache 14/8176 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss teilzunehmen sowie ein Votum abzugeben.